

Herr Strack führt kurz in die Thematik ein. Ergänzend verweist er auf eine Kämmerertagung unter Anwesenheit der Kreiskämmerin sowie eine Bürgermeisterrunde beim Landrat, an der ebenfalls die Kreiskämmerin und er selbst als Vertreter der Kämmerer im Rhein-Sieg-Kreis teilgenommen habe. Dort habe man vorsichtige Signale erhalten, dass die genannten Zahlen überarbeitet würden. Zumindest wolle man intensiv Verbesserungsmöglichkeiten prüfen. Nach Abwägung aller Argumente sei ein Benehmen nach heutigem Kenntnisstand seiner Meinung nach nicht herzustellen. Von daher laute auch die Beschlussempfehlung entsprechend. Die Fristsetzung zur Stellungnahme sei so gewählt worden, um die Stellungnahmen der Kommunen bereits bei der Einbringung des Kreishaushaltes in die Beratungen einfließen zu lassen.

Herr Meeser spricht die in der Kreisinformation genannte Aussage an, dass die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage einer besonderen Rechtfertigung bedürfe. Dass Kommunen im HSK seien, sei doch eine solche Rechtfertigung.

Herr Strack erklärt, dass diese Auffassung auch zwischen dem Kreis und der Bezirksregierung als dessen Aufsichtsbehörde diskutiert würde. Die Bezirksregierung mache deutlich, dass die Kommunen die Belastungen zu tragen hätten, wenn der Kreis nachweislich als Umlagehaushalt die Mittel für in der Regel pflichtige Angelegenheiten benötige.

Frau Zorlu erklärt, dass die SPD dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimme. Man beobachte die Situation auch kritisch, insbesondere im Hinblick auf die Rücklagen und mögliche Spekulationsgeschäfte. Einerseits würden Maßnahmen in der Straßensanierung auf das nötigste Maß heruntergeschraubt und Schulpauschalen gesenkt, andererseits habe man der Presse entnommen, dass 26 neue Stellen geschaffen würden.

Auch Herr Utsch nimmt zum Umlagesystem Stellung, verweist auf Einsparungen des Kreises bei Bildung und Straßen und sieht die erschreckenden Zahlen. Die FDP-Fraktion werde ebenfalls dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Meeser macht deutlich, dass öffentlicher Druck erforderlich ist und erinnert diesbezüglich an die Erörterung im vergangenen Jahr und die seinerzeit konkret genannte Projekte (Beteiligung an LVR-Projekt). Die Vorlage sei in diesem Jahr ausführlicher, gleichwohl fehle es ihm an einer konkreteren Auflistung von Projekten, bei denen man einwirken könne.

Herr Strack weist noch einmal daraufhin, es sich hierbei nur um eine Vorabinformation zum Kreishaushalt handele, den es ja in Gänze noch nicht gebe.

Auch Herr Scholz signalisiert für die Fraktion der Grünen Zustimmung, um ein Signal zu setzen. Gleichwohl funktioniere das Prinzip immer nach dem Motto „Den Letzten beißen die Hunde“. Ein einheitliches Meinungsbild sei nicht nur von Eitorf aus wichtig, sondern auch im Verbund mit den Nachbargemeinden.

Auch Herr Finke hält es für richtig, ein einheitliches Signal zu senden. Er spricht die lange Diskussion der Kreisbeteiligung an Rhenag an. In dem Fall hätte die Kreisumlage nicht erhöht werden müssen, so die seinerzeitigen Aussagen. Vor diesem Hintergrund bitte er einfach, künftig in solchen Fällen noch ausführlicher zu diskutieren. Schließlich weist er aber auch daraufhin, dass die Gemeinde Eitorf am meisten von der Jugendamtsumlage profitiere.

Nachdem alle Fraktionen Zustimmung signalisiert haben, lässt der Bürgermeister abstimmen.